

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 18.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5317.

Hannover,
Sonnabend, 28. August 1897.

Inserate kosten pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Burgstr. 41. Verlag: Goseriede 9A.

6. Jahrg.

Nachtfabriken.

(Schluß.)

So wurde nach dem Plauenschen Bericht 1895 ein Stickerfabrikant in erster und zweiter Instanz zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt, weil er Kinder unter 13 und Schulpflichtige über 13 Jahren häufig bis 9 Uhr Abends, an schulfreien Tagen gar von 6 Uhr Morgens ab, Jugendliche ohne Pausen und über 10 Stunden täglich beschäftigt und die Vorschriften betr. Aushänge und Arbeitsbücher übertreten hatte. Er beschäftigte gewöhnlich 21—31 Personen an Handstichmaschinen und in der Konektion und hatte die Stichtmaschinen an die Sticker vermietet, während er ihnen eine Fädelmaschine zur freien Benutzung überließ. Die Pacht, die er von den Arbeitern erhob, war höher, als die sonst übliche, wofür er ihnen jedoch sichere Arbeit garantierte. Eine vom Jahre 1882 datirte Warnung hing noch in der Fabrik, worin Jeder bei Strafe sofortiger Entlassung auf die genaue Beobachtung der Fabriksvorschriften hingewiesen wurde. Das Schöffengericht verurtheilte den Besitzer mit folgender Begründung: Der Angeklagte giebt an, seine Anlage nicht für eine Fabrik gehalten und die Maschinen verpachtet zu haben. Letzteres beruht auf Wahrheit. Offenbar war aber der Pachtvertrag nur abgeschlossen, um die Verantwortung abzuwälzen. Wesentlich ist, daß der Betrieb in dem Hausgrundstück, der übrigens größere Aufmerksamkeit oder die Anstellung eines besondern Beamten zum Zwecke der Arbeiterschulüberwachung erfordert hätte, ein einheitlicher war. Die Absicht der Gewerbeordnung geht dahin, Fürsorge für das leibliche und geistige Wohl der weiblichen und jugendlichen Arbeiter zu treffen. Dies läßt sich jedoch nur dann erreichen, wenn die Bestimmungen derselben ausreicht erhalten werden, und wenn jede einzelne Maßregel, die eine Umgehung des Gesetzes bezweckt, als unmöglich erachtet wird. Der Angeklagte war verantwortlich. Daß er es mit dem Verpachten der Maschinen nicht sehr ernst gemeint, geht aus der getroffenen Vereinklarung über das Ende des Arbeitsverhältnisses hervor. Die Sticker haben außerdem meist für den Angeklagten gearbeitet; derselbe würde auch nicht kaufmännisch gehandelt haben, wenn er sich betr. der Handstichmaschinen ganz des Rechtes hätte begeben wollen. Die Maschinen sind dort geblieben, nie in einem anderen Lokal von den Stickern aufgestellt, wohl aber für die Zwecke des Angeklagten benutzt worden. Alles dies erweist die volle Schuld des Angeklagten; er war deshalb zu bestrafen. Die Berufung des Beklagten wurde als unbegründet kostenpflichtig verworfen. Das Gericht 2. Instanz war ebenso der vollen Ueberzeugung, daß das Pachtverhältnis, auf das sich der Beklagte zur Rechtfertigung berief, nur zum Schein vorhanden sei. Es sei nichts Anderes, als ein Arbeitsverhältnis mit unwesentlichen Abänderungen gegenüber anderen derartigen Verhältnissen. Der fragliche Betrieb sei als eine Fabrik anzusehen und der Verurtheilte sei der Gewerbetreibende, der dafür zu sorgen habe, daß die Vorschriften über den Arbeiterschutz beachtet werden.

Anderer hat das Reichsgericht in einem ähnlichen Falle, wo es sich um Einmiettherbetriebe in der Strumpfindustrie im Bezirk Chemnitz handelte, entschieden; dieser Fall erhebt zugleich eine weitere bedeutende Entwicklung des Pachtverhältnisses, die es für die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften immer unfaßbarer macht. Im Bezirk Chemnitz haben sich die sogen. Einmiettherbetriebe ausgebreitet, besonders in der Strumpfwirkerlei. Das sind Betriebe, bei welchen ein Hausindustrieller oder Kleinmeister sich einen Arbeitsplatz nebst der nöthigen Betriebskraft in einer Fabrik pachtet und dort theils mit eigenen, theils mit gemiethten Maschinen für eigene Rechnung arbeitet, wobei er in der Regel Familienangehörige oder auch fremde Hilfskräfte, meist Jugendliche und Arbeiterinnen, beschäftigt. Das Arbeiten für „eigene Rechnung“ stellt eine weitere Emanzipation von den Fabrikbeschränkungen dar; indeß ist es auch hier nicht allzu schwer, die scheinbar selbstständigen Unternehmer durch Zwischenagenten im Interesse des Einzigen, des Fabrikbesizers, zu beschäftigen. Die Gewerbeinspektion sah diese Betriebe nicht als einheitliche Fabrik, sondern als Zusammensetzung einzelner selbstständiger Unternehmen mit motorischem Betriebe an, auf welche § 154, Abs. 3 Anwendung finden würde. Da aber dieser Absatz noch nicht in Kraft gesetzt worden ist, so ließe sich gegen die gesetzliche Beschäftigung der Kinder, Jugendlichen

und Frauen zur Zeit noch nichts ausrichten. Dem entgegen machte die zuständige Verwaltungsbehörde geltend, daß das Verbot der Kinderarbeit ein allgemeines sei und auch die eigenen Kinder treffe; letzterer Auffassung schloß sich auch das Ministerium des Innern an, welches ausführte, daß es bei Entscheidung der Frage, ob die Beschäftigung eigener Kinder verboten sei oder nicht, darauf ankomme, ob die betr. Kinder in der Wohnung der Eltern oder in einer Werkstätte derselben beschäftigt würden; im Falle die Kinder in Fabriken oder diesen gleichstehenden Anlagen beschäftigt würden, unterständen sie auch den Fabrikvorschriften.

Nun wurde gegen 6 Einmietther, die theils Frau und Kinder, theils fremde, geschickte Kräfte über die gesetzliche Zeit hinaus beschäftigt hatten, das Strafverfahren eingeleitet. Gegen den Fabrikbesitzer wurde nicht vorgegangen, weil er nur als Vermietther, nicht mehr aber als „Arbeitgeber“ der Einmietther ersichtlich war. Dagegen erkannte die Behörde und mit ihr das Landgericht die Betriebe als eine einheitliche, große Fabrik an, weil hier die Gefahren für Leib, Leben, Gesundheit und Sittlichkeit dieselben seien, wie im gewerblichen Großbetriebe eines Fabrikbesizers. Es erachtete die Einmietther als „Fabrikanten“ und verurtheilte sie wegen Vergehen gegen die Fabrikbeschränkungen. Diese legten jedoch Revision ein und das Reichsgericht hob das Urtheil auf und sprach sie frei, wobei es ausführte, daß das erste Urtheil die Betriebe der Einmietther zu Unrecht als Fabrik angesehen habe. Für die Betriebsgröße komme nicht der Besitzer der Gesamtanlage, sondern jeder Einzelne der Unternehmer für sich in Betracht, die, weil sie des Zusammenhanges und der Organisation (abgesehen vom rein äußerlichen Nebeneinanderarbeiten) entbehren, auch als selbstständige, unabhängige Unternehmer aufzufassen seien. Es komme höchstens die Anwendung des § 154, 3 der Gewerbeordnung in Betracht, wonach die in Werkstätten mit motorischem Betriebe beschäftigten Arbeiter nach kaiserlicher Verordnung denselben Beschränkungen, wie die Fabriken, zu unterwerfen seien. Da jedoch die kaiserliche Verordnung noch nicht erlassen sei, so hätten hiernach noch die alten Vorschriften der Gewerbeordnung vom Jahre 1883 Kraft, wonach die Fabrikarbeit für Kinder unter 12 Jahren verboten und die mechanischen Werkstätten den Fabriken gleichgestellt seien.

Nach diesem Urtheil kann also gegen sogenannte Einmietther, wenn sie in Bezug auf ihre Produktion unabhängig vom Fabrikbesitzer sind und nicht für diesen arbeiten, nur noch dann eingeschritten werden, wenn sie Kinder unter 12 Jahren beschäftigen oder Kinder zwischen 12—14 Jahren länger als 6 und Jugendliche zwischen 14—16 Jahren länger als 10 Stunden täglich arbeiten lassen, weil dann nach Ansicht des Reichsgerichts noch die Vorschriften der alten Gewerbeordnung maßgebend seien. Es erhellt daraus, wie nothwendig die bereits mehrfach geforderte und erst kürzlich wieder angekündigte Ausdehnung der Fabrikbeschränkungen auf die motorischen Werkstätten ist, da dann mit einem Schlage die ganze Streitfrage, ob ein Fabrikbetrieb vorliegt oder nicht, gelöst ist. Denn in der Regel handelt es sich bei der Vermietzung oder Verpachtung von Arbeitsplätzen und Maschinen um die möglichste Ausnutzung von vorhandener mechanischer Betriebskraft, ohne welche in den meisten in Frage kommenden Industrien die Zusammenpferchung zahlreicher kleiner Unternehmer oder Hausarbeiter keinen Zweck hätte. Daß es auch andere Fälle geben kann, wo eine Betriebskraft nicht in Frage kommt, ist zwar nach den Erfahrungen in der Kleider- und Wäschekonfektion sehr wohl denkbar, aber bei solchen ist die Streitfrage noch nicht aktuell geworden, weil hier die Vortheile gegenüber der einfachen Heimarbeit beinahe völlig verschwinden. Wird also der § 154, Abs. 3 der Gewerbeordnung in Kraft gesetzt, so gilt der Fabrikarbeiterschutz auch für die meisten Pachtfabriken, seien sie thatsächlich bloße Einmiettherbetriebe, wie in der Chemnitzer Strumpfwirkerlei und in der Textilindustrie der Bezirke Potsdam und Frankfurt a. O., oder bloße Verschleierungen des gewöhnlichen fabrikmäßigen Großbetriebes, und ganz besonders die letzteren Unternehmermanipulationen würden durch den längst erwarteten Erlaß unmöglich gemacht.

Der Frankfurter Beamte berichtete 1895: Die meisten in Tuchfabriken festgestellten Zuwiderhandlungen (gegen den Arbeiterschutzes) kommen in den sog. Pachtfabriken vor, in denen mitunter 15 und

mehr Pächter untergebracht sind. In solchen Anlagen sind meist nur Anfang und Ende der Mittagspause gleich, während sich der Anfang der Arbeit am Morgen und das Ende am Abend nach den in den einzelnen Betrieben vorhandenen Aufträgen richtet. Ebensovienig herrscht in den Frühstück- und Pausenpausen Gleichartigkeit zwischen den einzelnen Anlagen. So kommt es, daß die Betriebsmaschine solcher Fabriken meist 12 bis 13 Stunden im Gange ist und die Verführung für die gegen Stücklohn beschäftigten Arbeiterinnen sehr groß ist, ihr Frühstück- und Vesperbrot nebenbei, ohne die zu bedienende Arbeitsmaschine auszuruhen, zu verzehren u. s. w.“

Derselbe Beamte schildert die in der Lausitzer Tuchindustrie vorkommenden Pachtfabriken wie folgt: „In diesen Anlagen, deren Besitzer Raum und Kraft verpachten, haben je nach Größe 2 bis 20 Pächter ihre Betriebe untergebracht. Ihre Zahl ist sehr erheblich. Die Pächter mietzen selten einen ganzen Saal für sich allein, sondern haben stellenweise zu 3 oder 4 einen solchen Raum inne und bezahlen die Pacht für den Raum nach der ihnen zugewiesenen Grundfläche und für die Kraft nach Zahl und Art der von ihnen aufgestellten Arbeitsmaschinen. Die Folge der Verpachtung einer gewissen Grundfläche ist sehr oft eine solche Ueberfüllung des Raumes mit Maschinen und Geräthen, daß nicht nur ein schnelles Erreichen der Ausgänge bei etwaiger Feuergefahr erschwert ist, sondern sogar der gefahrlose Betrieb und der Verkehr zwischen den engstehenden Maschinen in Frage gestellt wird. In dieser Beziehung ist naturgemäß die Abhilfe noch weit schwieriger, da mit der Beseitigung einzelner Maschinen vielfach eine wirtschaftliche Schädigung des in kleinen Verhältnissen lebenden Pächters verbunden sein würde. Daß die Pachtfabriken auch für die Ueberwachung der Bestimmungen über Beschäftigung von Arbeiterinnen und Jugendlichen mitunter erhebliche Schwierigkeiten bieten, wurde bereits erwähnt, besonders, wenn man berücksichtigt, daß stellenweise drei und mehr Parteien in einem Saale ihre Betriebe haben, ohne daß die geringste Abtrennung zwischen ihren Abtheilungen vorhanden ist.“

Zur Lage der Landarbeiter.

Die Gegenwart mit ihren Klassengegensätzen und den daraus entstehenden Klassenkämpfen sieht auch das ländliche Proletariat von den Kämpfen erfasst und letzteres eine Waffe gebrauchen, die bislang dem ausschließlichen Gebrauche der Industrieproletarier und Handwerksgehilfen vorbehalten schien. Die Landproletarier greifen zu dem Streik als Kampfmittel! Allerdings nicht in Deutschland. Denn hier ist es dem Gesinde, den Dienstknechten und Landarbeitern immer noch nicht erlaubt, sich zur Erreichung günstiger Lohnverhältnisse zu vereinigen, oder Arbeitseinstellungen zu verabreden und durchzuführen. Und nach § 3 des Gesetzes vom 24. April 1854 werden sie mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, wenn sie

„die Arbeitgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen und Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern verabreden oder zu einer solchen Verabredung auffordern.“

In Deutschland hat es also noch lange Zeit, bis die Geknechteten der Geknechteten an den ökonomischen Ketten mit Erfolg rütteln können.

Aber im wilden Lande Ungarn sind die Landproletarier nicht mehr den Landlords auf Gnade und Ungnade in die Hände geliefert und hier war es, wo vor einigen Wochen die Welt durch einen Landarbeiterstreik überrascht wurde. Im ungarischen Tieflande verweigerten 18—bis 20 000 Schnitter die Arbeit und wollten sie erst nach Gewährung besserer Arbeitsbedingungen wieder aufnehmen. Während die kleinen Gutsbesitzer sich sehr bald mit den Streikenden einigten und die Differenzen beglichen, weigerten sich die Signer der Mittel- und Batsundienbesitze, den Forderungen nachzugeben. Die Lage war ernst genug, um auch den Vater Staat zum Eingreifen zu bewegen. Aber nicht zu Gunsten der wirtschaftlich Abhängigen. Wie überall, spielte er auch hier den Interessenanwalt der Besitzenden und nahm offen Partei für die wirtschaftlich starke Klasse. Sein Eingreifen blieb nicht beschränkt auf Ueberwachung und Beeinflussung der Streiker durch die bewaffneten Hüter des Gesetzes, die Fürsorge

ging weiter, und eine wohlweife Regierung organifirte die Zufuhr von Streikbrechern.

Die Zufuhr von Streikbrechern kam aus dem ungarischen Hochlande. In kurzer Zeit ftellten ſich den ungarifchen Landmagnaten 10 000 Arbeiter zur Verfügung. Die Regierung iſt über den Erfolg ihrer Thätigkeit ſo erbaud, daß ſie allen Ernſtes daran denkt, die Lenkung der Arbeiterreferve nach Streikrevieren ihrem Sozialprogramm dauernd einzuverleiben.

Trög des Widerſtandes der Gutsbeſitzer und der offenen Parteinahme der Regierung gegen die Arbeiter gelang es letzteren doch, einem Theil ihrer Forderungen das Zugeständniß zu erringen. Sie errangen einen Erfolg, der nicht an ſeiner materiellen Bedeutung allein, ſondern nach dem Grade der entgegenſtehenden Schwierigkeiten gewerthet werden muß. Zu dieſem Erfolg trug die Organisation weſentlich bei, deren Aufbau zu den wichtigſten Aufgaben der nächſten Zukunft gehört.

Für den größten Theil der am Ausſtande theilhaft geweſenen Arbeiter ſind errungen worden: 1. Bessere Löhne. 2. Befreiung oder doch mindeſtens Verringerung der Robotarbeit (eine Art Frohndienſt, der in Arbeiten der Leute auf dem Gutshofe beſtand und wofür ſie keinen Heller bezahlt erhielten). 3. Die biſlang vom grauen Morgen bis zur ſinkenden Nacht andauernde Arbeitszeit wurde in eine 12- bis 13ſtündige umgewandelt. Wegen plötzlich eintretenden Witterungsumſchwung nothwendige Ueberarbeit muß bezahlt werden. 4. Da, wo der ein Theil des Lohnes in Geld, der andere in Naturalleiſtungen verabfolgt wurde, ſind beide Theile erhöht worden.

Der Kampf ſpielte ſich trotz der großen Erregung aller Gemüther in vollſtändiger Ruhe und ohne ſelbſt für ängſtliche Gemüther beſorgnißerregende Erſcheinungen ab. Darin liegt ein moralifcher Erfolg, der neben oder mit dem materiellen von gewaltiger Wirkung ſein wird.

Die Nothwendigkeit des Eingreifens der bemöſneten Macht hätte den Kampf im Keime erſtickt, die Kämpfenden der Ruch der Feinde ausgeliefert, — aber ihre wider Erwarten äußerſt muſtergiltige Diſziplin hat ihnen den Weifand der öffentlichen Meinung errungen und die Aufmerkſamkeit auch der gleichgiltigſten Landarbeiter geweckt. Ein Wachsen der Organisation wird die Folge ſein. Damit iſt die Waſſe zur Führung planvoller, ſiegreicher Kämpfe gegeben.

Einen weiteren Kriegſchauplatz, des Kampfes zwiſchen Landarbeitern und Gutsherren, bot Italien. Bei Beginn der Schnitterarbeiten wurden die Arbeiter in Bologna und Ferrara auſtändig. Da die Grundherren jede Bewilligung der Forderungen verweigerten, gewannen die Arbeitereinstellungen an Ausdehnung. Der Lohn der Schnitter und Drescher ſtellte ſich auf 1/2 bis 2 Lire (1 Lire = 80 Pf.) pro Tag bei 13- bis 15ſtündiger Arbeitszeit. Auch die italieniſche Regierung beſchränkte ſich nicht auf bloßes Zuwarten, ſondern intervenirte, natürlich nicht um die Grundbeſitzer zur Bewilligung der Forderungen anzuhalten: ihre „arbeiterfreundliche“ Thätigkeit beſtand in der Abſendung von 12 000 Soldaten nach dem Streikgebiete und in ſcharfen Maßregeln gegen die Arbeitervereinigungen, die ohne Ausnahme aufgelöst wurden. Trozdem endete Mitte Juli der Kampf mit dem Siege der Arbeiter. Der Widerſtand der Unternehmer und die bewaffnete Macht konnten die Arbeiter nicht zur Rückkehr in das alte Joch zwingen. Auf einer zu Barricella abgehaltenen Einigungsconferenz bewilligten die Unternehmer die weſentlichſten Forderungen, die Gewährung untergeordneter Wünſche für eine ſpätere Zeit verſprechend.

Überall Kampf! Auch Kampf der Landarbeiter. Und Urfache des Kampfes die ſoziale und wiſthchaftliche Noth.

Nur in Deutſchland ſind die Landarbeiter im Gegenſatz zu den induſtriellen Lohnarbeitern ruhig, wohl auch zufrieden. Ihre Ruhe und Zufriedenheit iſt Beweis, daß ſie weder unter ungünſtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen leiden, noch unbilligen Zuwächſen ausgeſetzt ſind. Gemach! Die Folgerung iſt vorzeitig, falſch! Der deutſche Landarbeiter darf ſich nicht rühnen, ihn bedrückt die Zwangsjacke des Koalitionsverbotes und der ſtarke ökonomiſche Einfluß der Junker, der zum Theil aus dem noch halbfeudalen Arbeitsvertrage, zum anderen Theile aus jenen Zuſtänden ſich herleitet, vermöge deren dem Arbeiter in dem Arbeitsvertrage auch der Schulpatron, der Bahner der Geizzeit und der Hüter der öffentlichen Ordnung entgegentritt. Schwere Arbeit und Entbehrung ſchlechte Wohnungen und demüthigende Behandlung, mangelnde Pflege des Körpers und der Gesundheit ſind auch dem Landarbeiter mit vollem Maße zugemessen. Seine Entbehrungen und Leiden ſind ſo groß, daß ſelbſt die Aufmerkſamkeit von der Landarbeiterklaſſe fernſtehenden Leuten darauf gerichtet wurde, die dann ihrer Entrüſtung unverhohlen Ausdruck gaben.

Herr Paſtor Luitorp, der ſeines Amtes in Schwerinſberg in Pommern waltete, ſchreibt in einer im Jahre 1891 erſchienenen Broſchüre über die Wohnungen der feſtangeſtellten Gutſtagelöhner was folgt:

Die weit größere Anzahl der ländlichen Tagelöhnerwohnungen läßt den Grundſatz der betreffenden Herren erkennen: Für die Leute iſt es gut genug! Die Wohnungen ſind gewöhnlich ſo niedrig und eng, daß bei einer etwas zahlreichen Familie ſich beſonders des Nachts eine unerträglich ſchwere Atmosphäre entwicelt; der ſtaubige, meiſtens aus Lehm hergeſtellte Fußboden

iſt meiſt ſo uneben, daß die Tagelöhnerkinder in ſolchen Wohnungen noch beſonderer Schanzengel bedürfen. Die Wände beſtehen gewöhnlich aus Lehmſtößen oder dünnem Fachwerk, ſo daß die herrſchaftlichen, meiſt maſſiven Viehſtälle und Scheunen viel behaglicher anſehen und wärmer ſind, als ſolche Wohnungen.

Ein anderer Paſtor, Herr Wittenberg, der ſeine Studien in Savantow, Regierungsbezirk Stralsund, gemacht hat, äußert ſich über die Sonntagsruhe auf dem Lande folgendermaßen:

Der Arbeiter kennt ſie nicht. Am Sonntag düngt er ſeine Ställe aus; am Sonntag hadt, häuſelt und gräbt er ſeine Kartoffeln; am Sonntag fährt er ſie ein, bringt ſie in Mieten, nimmt er ſie wieder aus den Mieten auf; häufig ſieht er am Sonntag Luf, mäht ſein Heu, ſchlachtet ſein Schwein; am Sonntag wird die Waſche gewaſchen. . . . Ein Theil des Umzugs wird auf den Sonntag verlegt; am Sonntag wird auf vielen Gütern die Wochenlöhning ausgezahlt. Die Sonntage vor Pfingſten führen vieler Orten geradezu den Namen Weiße Sonntage, weil an ihnen die Leute ſich ihre Wohnungen weißen müſſen. Die Arbeiter, für die der Alltag zu ſchad zu ſein ſcheint, werden für den Sonntag aufgespart und an letzterem geht es oft feiſtiger zu, als an Werktagen. — Hält man den Herren dieſe Zuſtände vor, dann heißt es: Das ſind doch Alles ganz leichte Arbeiten. Es iſt doch beſſer, ſie beſchäftigen ſich damit, als daß ſie hingehen und ſaufen.

Und das geſchäht bei jenen frommen Herren, die in allen paſſenden und unpaſſenden Fällen ſich als die Vertheidiger der chriſtlichen Religion aufſpielen. In neuerer Zeit hat es Herr Paſtor Göhre unternommen, die Lage der Landarbeiter zu ſchildern. Sein Beobachtungsgebiet war eine Oberbruchdomäne. In der „Wahrheit“ giebt er ſeine Eindrücke wieder. Zunächst ſchildert er das Herrenhaus. Es biete ein behagliches Bild, nur liege es hinter hohen Bäumen und dichtem Gebüſch verſtedt, gleichſam als habe es ein böſes Gewiſſen und mühte ſich ſcheu verbergen.“ Die Arbeiterwohnungen zeigten ein anderes Bild, doch gaben wir Herrn Göhre ſelbſt das Wort:

Entzückend waren die Schlafräume der Arbeitsherde. Geradezu komfortabel. Sprechende Beweiſe einer faſt rührenden Fürſorge der „Herrſchaft“ für ihre Leute.“ Sie lagen direkt unter dem Dache und beſtanden aus drei Böchern. Das eine, das kleinſte von ihnen, hatte ſogar einen beſonderen Eingang. Es war freilich höchſtens ſieben bis acht Meter lang und etwa zwei Meter breit, dafür ſchloſſen aber auch acht Menſchen darin. Seine Hauptwand wurde durch das Dach gebildet, in dem man Sparren um Sparren, Ziegel um Ziegel zählen konnte. Alles, was ſich in dieſem Raume vorſand, waren acht Betten, und weiter nichts. Weder ein Stuhl noch ein Kleiderhalter, nicht einmal ein Nagel in der einzigen vorhandenen aufrechten Lehmwand. Natürlich gehörten zu den Betten auch keine Bettſtellen. Wozu auch? Ein Strohfad zu ebener Erde, über ihm ein Leintuch, ein Kopfkiffen und das Deckbett war Alles — in der That genug Komfort für dieſes an ſich ſchon verwöhnte, anſpruchsvolle, nie zufriedene Volk. Das Kopfkiffen der Betten war in den ſpizen Winkel zwiſchen Dach und Dielen hineingeſchoben, die Strohfäde ſelbſt etwa einen Fuß breit von einander gelegen. In dieſem Raume ſchloſſen — vier Ehepaare! Man höre: vier Ehepaare! Und male ſich ſelbſt aus, was allnächtlich dieſer niedrige, ſahle, drückend heiße Raum an dunklen Szenen erleben mochte. Aber nicht — das macht nichts? Das gutsherrliche Ehepaar war ja, Gott ſei Dank, nicht darunter. Eine Thür führte in die zwei anderen Schlafräume. Der, in den man zuerſt eintreten mußte, war der Schlafräum d. unverheiratheten Männer, völlig dem eben geſchilderten gleich, nur größer, mit viel mehr Betten und etwas mehr graden Wänden. Aus ihm führte eine zweite Thür in den gleich großen und gleich angeſtatteten der Mädchen. Einen anderen, eigenen Zugang hatte dieſer Mädchenschlafräum nicht. Jedes Mädchen, das zu Bett gehen wollte, mußte bei der Engigkeit, die darin herrſchte, beinahe über einzelne dieſer Männerbetten hinwegſteigen! Und dann dieſe Thür, die beide Räume angeblich trennte! Sie war nicht verſchließbar! Dazu kein Lämplein, das ein wenig hätte Waſche halten können. In dieſen Dachräumen wäre das ja doch ſeuergefährlich geweſen! Und andere Gefahren gab's ja nicht! Wenigſtens nicht für die Töchter des Herrn und der Frau Domänenrath. Die ſchloſſen ja wohlverwahrt in ihrem lauſchigen, jungfräulichen Schlafgemach bei den Eltern im Herrenhaus. Als wir dann aus dieſen Schlafſtellen wieder in den unteren Räumen angelangt waren, erlebten wir noch eine kleine charakteriſtiſche Szene. Dort war eine einzige Sachſengängerin, ein junges Mädchen, amweſend. Unſer Führer ſagte uns, ſie habe die „Schur“ (du jour). Das war auch wirklich der Fall, gleichzeitig aber war ſie auch — natürlich nur nebenbei — krank. Sie hatte ein ſchlimmes Bein. Direkt nach uns war nun ein junger Arzt eingetreten. Er hatte uns nur ganz flüchtig, das Mädchen aber gar nicht begrüßt. Nun richtete er ein paar kurze und barſche Fragen an ſie, etwa ſo, wie ein Lieutenant ſeine Leute anredet. Und in der That, warum ſollte das der Herr Doktor auch nicht? Solche Geſellſchaft muß man eben auch militäriſch kurieren. Sie ſind krank? fragte er. „Ja.“ Was fehlt Ihnen? „Schlimmes Bein.“ Herzeigen! Das Mädchen zögerte, wurde roth, ſah uns an. Aber noch hatten wir den Rücken nicht ganz gedreht und die Thür nicht erreicht, donnerte der ſchneidige Arzt ſie ſchon an: Herzeigen,

zum Donnerwetter; hier wird nicht gerirt! Was dann weiter geſchah, wiſſen wir nicht. Viel wird der Herr nicht an ihr beunruhigt haben.“

Wie wäre dieſen Armen, Glenden zu helfen? Sie ſelbſt können ſich aus ihrer Lage nicht erheben, dazu ſind ſie zu ſpott, gebückt, verarmt, ungebildet und führerlos, und durch Agitatoren kann man ſie nicht wecken, denn dieſe würden mit Hundern von den Höfen gejagt werden. Es giebt nur eine Erlöſung für dieſe arme Volk: Das iſt die wiſthchaftliche und politiſche Vernichtung ihrer „Herren“, dieſes brutalen oſtelbiſchen Herrſchervolkes, das ſolche Zuſtände verſchuldet und duldet. Erst wenn dieſe wiſthchaftlich und politiſch gebrochen ſind, wird dieſes arme und verſklavte und verleidete Landvolk frei ſein. Und wer an dieſem Befreiungskampf mittheilnimmt, wird ſich für Zeit und Ewigkeit einen Gotteslohn verdienen.“

Es iſt ein trübes Bild, das Göhre vor unſerem geiſtigen Auge anſtellt. Ohne Zweifel befindet ſich die Viehzahl der Landarbeiter in dieſer bedauernswerthen Lage, in die durch die Antändigung Göhre's, daß oſt das Junkerthum wiſthchaftlich und politiſch vernichtet werden muß, wohl kein Lichtſtrahl fällt. Die wiſthchaftliche und politiſche Macht der Junker ſtand noch feſt verankert, es wird noch manches Stoßes bedürfen, um ſie in die Wanken zu bringen, ihre Vernichtung liegt noch in weiter Ferne.

Wir denken uns eine Beſſerung der Lage der Landarbeiter in kürzerer Friſt. Aber ſie wird nicht eintreten, ohne daß die Armen und Glenden kämpfen. Um ihnen dieſen Kampf zu ermöglichen, iſt die Aufhebung des Koalitionsverbotes für die Landarbeiter unbedingt erforderlich. Gebt Koalitionsfreiheit!

Soziale Mundſchan.

Der Streit der Arbeiter auf der Stahlrohfabrik Siawert u. Co. zu Bergedorf dauert nach den zuletzt eingetroffenen Nachrichten fort. Die von dem Gewerſchaftsartell angebahnten Verhandlungen ſind reſultatlos verlaufen. Dem Streikomitee iſt es gelungen, 25 der am Streit Theilhaftigen anderweitig unterzubringen. Auf fünf Abtrünnige ſind bis jetzt zu verzeichnen, dieſe gehören faſt ausschließlich der militäriſchen Kameradſchaft an und dürften durch deren Einfluß zur Rückkehr an die Arbeit vor Bewilligung der Forderungen veranlaßt worden ſein. Die Kollegen allerorts werden noch einmal erſucht, ihr Möglichſtes zur Unterſtützung der Streikenden beizutragen. Je raſcher und nachdrücklicher die Kollegen ihrer Opferfreudigkeit Ausdruck geben, um ſo ſchneller wird den Streikenden der Sieg werden.

Der in Schweinfurt am 31. Juli zum Ausbruch gelangte Streit wurde nach achtägiger Dauer am 7. Auguſt durch Vergleich beigelegt. An den Verhandlungen nahmen der Vorſitzende des Aufſichtsrathes, Herr Reißbarth aus Nürnberg, der königliche Fabrikſpektrator aus Würzburg, die Direktion der deutſchen Gußſtahlkugelfabrik und die Streikkommiſſion theil. Die erſte Forderung, Entlaſſung des Ingenieurs Herrn Mühlſam, wurde abgelehnt. Es fehlte an Beweiſen, daß der Herr die ihm zur Laſt gelegten Drohungen wirklich geäußert hat. Der erſte Verkünder dieſer Drohungen, Vorarbeiter Henderich, der in Wiſthſchaften und bei den Arbeitern in übereifriger Weiſe die Drohungen kolportirte und damit weſentlich zum Ausbruch des Streikes beitrug, wollte nichts geſagt haben. Herr Mühlſam wird nun im Komptoir beſchäftigt, ſein direkter Verkehr mit den Arbeitern iſt ſomit ausgeſchloſſen. Die zweite Forderung drehte ſich um die Werkmänner und Bohrarbeiter, die nicht entlaſſen und deren Gehalt nicht gekürzt werden ſollte, und wurde bewilligt.

Die Weigerung wurde auch die Abſchaffung der Akkordarbeit und Einführung von Stundenlohn für Anfänger in Höhe von 25 Pf., für ältere Arbeiter 30 bis 40 Pf. zugestanden.

Die vierte Forderung war Befreiung der vierwöchentlichen Hungerkur. Es ſind am Orte 4 Kugelfabriken, trat ein Arbeiter aus der einen aus, ſo konnte er erſt nach Verlauf von vier Wochen in einer anderen anfangen. Eine Konventionalſtrafe von 2000 Mk. verpflichtet die Herren Fabrikleiter zur Innehaltung dieſes Punktes, der nun durch Erfüllung der Forderung ſeine Befreiung gefunden hat. Dieſes das Reſultat des Kampfes, der plötzlich ausbrach, ohne daß die Arbeiter genügend Vorſorge für ihre Vertheidigung getroffen hatten. Knapp der vierte Theil gehörte der Organisation an, davon ſehr viele Arbeiter erſt einige Monate. Hoffentlich hat der Kampf den Arbeitern die Lehre werden laſſen, daß ſie gerüſtet ſein müſſen immerdar.

Durch Aufſtellung der zweiten Forderung, die den Meißtern und Bohrarbeitern zu gute kommt, bewieſen die Arbeiter, daß ſie in dieſen Leute von der gleichen Klaſſenlage erblickten, die von derſelben Ruthe geweiht, von der gleichen Unbill getroffen werden wie die Arbeiter. Ob das Aufſichtſperſonal, ſoweit Pflichterfüllung es zuläßt, nun auch in dem Arbeiter nicht nur den zu immer größeren Leiſtungen anzutreibenden Lohnſklaven ſieht, wird abzuwarten ſein.

In Lötzen bei Dresden waren auf der ſächſiſch-böhmifchen Fabrik Differenzen ausgebrochen. Die Kollegen der Gummiſchlauſchabtheilung hatten die Anfertigung von 900 Schlauchen im Akkord übernommen. Als die Arbeit abgeliefert wurde, wurden 400 Schlauche als unbrauchbar zurückgewieſen und ſollte dafür keine Bezahlung erfolgen. Die 17 Arbeiter, um die es ſich handelt, ſind zu einem Stundenlohn von 20—27 Pf. eingeteilt. Nach dieſem Verhältniß wird auch bei Akkordarbeit die Vertheilung des Verdienſtes vorgenommen.

Ohne Bezahlung der 400 Schläuche blieben die Kollegen 14 Proz. unter dem Stundenlohn. Bei 73 1/2 Arbeitsstunden in der Woche wurden als höchster Lohn 17 Mk. 58 Pfg. verdient, während ein Kollege in 60 Stunden 13 Mk. 40 Pfg. verdient hatte. Die Schuld liegt nach der Meinung der Arbeiter an dem Material, an dem fortwährend herum experimentiert werde. Sie erlangten nun wenigstens die Auszahlung des Stundenlohnes. Anfangs stießen sie mit dieser Forderung auf Widerstand. Beim Herrn Direktor, von dem sie Erfüllung ihrer Forderungen nach Mitteilung der Sachlage sofort erwarteten, sollten sie nicht vorgelassen werden. Nachdem die Arbeiter sich jedoch nicht beruhigten und ihre Sache auch dem Arbeiter-Ausschuß unterbreitet hatten, wurde ihnen die Auszahlung des Stundenlohnes zugesichert. Mit dem nächsten Zahltag werden sie dem Bernehmen nach um einiges über den Stundenlohn kommen.

Korrespondenzen.

Altona-Ottensen. Am 10. August tagte hier im Schweizer-saal eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter. Genosse Sittenfeld hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Fabrikinspektorat. Im Anschluß daran nahm die Versammlung eine Resolution an, in welcher sie sich verpflichtete, dahin zu streben, daß die Arbeiterschutzeschließung immer mehr vervollkommen werde; dies könne nur erreicht werden, wenn die Arbeiter einerseits ihren Gewerkschaften sich anschließen, und andererseits solche Vertreter in den Reichstag senden, die für eine zweckentsprechende Arbeiterschutzeschließung einzutreten im Stande sind. Aus der Versammlung heraus wurde dann angeregt, in den verschiedenen Fabriken einzelne Kollegen damit zu beauftragen, alle Mißstände unserem Vertrauensmann zu übermitteln, der sie dann wieder dem Fabrikinspektor mitteilen soll. Dann wurde das jetzige Verhalten der Kaffeeverleserinnen scharf gerügt. Zu dieser Versammlung seien dieselben extra durch Lautzettel eingeladen, und der Erfolg sei ein verhältnismäßig geringer. Dabei hätten gerade die Kaffeeverleserinnen in Altona alle Ursache, sich zu ihrer Gewerkschaft zu halten, denn die Vorteile, die zweifellos durch den letzten Streik erreicht wurden, seien nur mit Hilfe der Gewerkschaft zu Stande gekommen, und könnten auch nur mit Hilfe derselben aufrecht erhalten werden. Es sei daher zu bedauern, daß die Kaffeeverleserinnen, nachdem die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft für sie die Kaffeeverleserinnen aus dem Feuer geholt, jetzt so wenig Interesse für die Organisation zeigen.

Harmstedt. Am 11. August tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Punkt 1 derselben mußte bis zur nächsten Versammlung verschoben werden, da der Kollege F. Kranzschalder nicht erschienen war. Hieraus entspann sich eine lebhafte Debatte über die sich in einer Lohnbewegung befindenden Weber und Spinner in Delmenhorst und der Stuhlrohrarbeiter in Bergedorf. Es ward beschlossen, nach Delmenhorst 30 Mk. und nach Bergedorf 50 Mk. zu senden. Unter dem nächsten Punkt wurde beschlossen, Anfang nächsten Jahres einen Unterhaltungsabend abzuhalten, und wurden zu diesem Zwecke die Kollegen W. B. und M. in das Haupt-Komitee gewählt. Alsdann führten mehrere Redner aus, daß die Mitglieder verpflichtet seien, im Kreise ihrer Bekannten und uns fernstehenden Kollegen eifrig für unseren Verband zu agitieren, um neue Mitglieder anzuwerben. Der Kollege B. forderte die Mitglieder auf, immer recht zahlreich in unseren Versammlungen zu erscheinen. — Der unter diesem Punkt vom Kollegen B. gestellte Antrag betr. Anfertigung von Plakaten zwecks Aufnahme neuer Mitglieder wurde abgelehnt. Hierauf forderte der Kollege S. die Kollegen auf, welche die Karten vom Sommerfest noch nicht abgeliefert haben, sie unverzüglich abzuliefern. In der nächsten Versammlung werden die Namen der Säumigen bekannt gegeben. Alsdann machte der Kollege B. bekannt, daß am Sonntag, den 29. August, das Sommerfest der Hamburger Zahlstelle stattfindet, welches noch von der alten Verwaltung arrangiert ist. Der Kollege ersuchte, durch zahlreiches Erscheinen dasselbe zu unterstützen, damit die neue Hamburger Zahlstelle nicht gleich mit einem Defizit beginnen müsse. Hierauf erfolgte 10 1/2 Uhr Schluß der gut besuchten Versammlung.

Berlin. In der am 12. August abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte Genosse Dr. Joel über: „Der Kampf um den Nordpol.“ Der Referent gab die allgemeinen Ziele der Forschungsreisen an und schilderte die Ergebnisse der letzten Nordpol-Expedition sowie auch ihre Errungenschaften. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Hierauf wurde die Abrechnung vorgelegt. Einer Einnahme von 329,88 Mk. steht eine Ausgabe von 229,75 Mk. entgegen. Nachdem die Revisoren berichteten, alles in bester Ordnung gefunden zu haben, wurde dem 2. Bevollmächtigten Entlassung erteilt. Den streitenden Kollegen in Bergedorf wurden einstimmig 20 Mk. Unterstützung bewilligt. Ein Antrag, man möge sich nach einem größeren Lokale umsehen, wurde angenommen. Darauf legte Kollege Schumann den Mitgliedern ans Herz, nun auch dafür zu sorgen, daß das größere Lokal in Zukunft bei den Versammlungen gefüllt wäre, und schloß die Versammlung.

Delmenhorst. Der Streik auf der hiesigen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei ist nunmehr nach fünfwöchentlicher Dauer am 16. August zum Vorteil der Arbeiter beendet worden. Der beim Ausbruch des Streiks nur einigermaßen stabil in die Verhältnisse hatte, mußte sich von vornherein sagen, daß ein so ausgedehnter Streik ohne genügende Organisation, ohne Hilfsmittel notwendig zu Ungunsten der Arbeiter ausfallen müsse. Daß es anders gekommen ist, ist der großen Einmütigkeit der Arbeiter, ganz gleich, welcher Nationalität, zu danken. Besonders die polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen zeigten eine Einmütigkeit und Ausdauer, die einzig dastehet. Mit Recht können wir behaupten, daß die polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen die feste Stütze im Streik gewesen sind. Da vorauszufragen war, daß die einlaufenden Unterstützungsgelder nicht ausreichen würden, entschloß sich die Lokalkommission, mit Zustimmung der Ladeninhaber Coupons anstatt baaren Geldes anzugeben, gegen die nur Lebensmittel verabsichtigt wurden. Diese Coupons wurden von Woche zu Woche eingelöst. So schwanke dieser ungleiche Kampf fünf Wochen lang. Auf einer Seite der große internationale Bolting, auf der anderen Seite die Masse der unorganisierten, der notwendigen Hilfsmittel entbehrenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Endlich entschloß sich die Direktion, von dem geforderten 30—50 Pfg. Lohnzuschlag 25 Pfg. zu bewilligen. Da, in letzter Stunde, wo die Arbeiter so nahe vor dem Ziele standen, kommt der Vorstand des Ladeninhaber-Bereins her und macht per Flugblatt bekannt, daß die Ladeninhaber den Kredit verweigern und keine Coupons mehr in Zahlung nehmen. Hierdurch erhielt die Direktion Oberwasser und machte ihre Forderung rückgängig. Durch rasches Handeln der Streik-Kommission kam endlich am Sonntag Morgen folgender Vertrag zu Stande:

1. Maßregelungen finden nicht statt;
2. die Arbeiter in der Kammerei-Abteilung, welche bisher bis zu 2 Mk. den Tag verdienten, erhalten einen Lohnzuschlag bis zu 10 Pfg.;

3. die Arbeiterinnen der Vorbereitung erhalten einen Lohnzuschlag bis zu 10 Pfg., daß der Tagelohn nicht höher wie 1,95 Mk. beträgt;
4. die Forderungen der Ausgeperrten sind bewilligt;
5. für sämtliche Abteilungen findet eine halbstündige Pause bei Nacht statt;
6. die Forderungen auf sanitärem Gebiet finden Berücksichtigung;
7. der wegen Kontraktbruchs einbehaltene Lohn wird zurückbezahlt;
8. aus der Mitte der Arbeiterschaft heraus wird ein Arbeiter-Ausschuß gewählt;
9. alle diejenigen Kammereiarbeiter, welche für den vereinbarten Lohn nicht arbeiten wollen, erhalten, wenn sie sich innerhalb von 3 Tagen nach Wiederanfrage der Arbeit mit dem polizeilichen Abmeldebüro melden, ein Reisegeld in der Höhe von 15 Mk. ausgezahlt.

Dieses Schriftstück wurde vom Aufsichtsrath, der Direktion und der Streikkommission unterzeichnet. Am Dienstag früh wurde die Arbeit wieder vollständig aufgenommen. Eine am Mittwoch abgehaltene Volksversammlung nahm zu dem Verhalten der Ladeninhaber Stellung. — Jetzt, nachdem der Arbeiterausschuß gewählt ist, erklärt sich die Direktion mit besserer Wahl nicht einverstanden. Angeblich, weil sie keine Sozialdemokraten haben will. Nach Wunsch der Direktion soll der Ausschuß aus 9 Personen bestehen, zu welchem dann noch der alte Ausschuß, 11 Meister, hinzukommt. Der Ausschuß soll also nur eine Strohpuppe sein. Die Arbeiter sind entschlossen, sich auf diese Art und Weise nicht überdelpeln zu lassen, sondern auf ihr gutes Recht zu pochen. So dürfte um den Ausschuß noch manche Plänkelei entstehen. Des Weiteren ist es Wille der Direktion, die männlichen Arbeiter der Kammerei zu Weibachten zu entlassen und durch billigere weibliche Arbeitskraft zu ersetzen. Aus diesem Grunde ist es dringend notwendig, daß der Bezug nach hier hauptsächlich für weibliche Arbeiter bis auf Weiteres fern gehalten wird. Die Stimmung für die Organisation ist eine gute, und dürften die Streitenden durch die Thatsachen belehrt worden sein, daß man ohne Waffen nicht kämpfen kann, und daß sie dazu ihr Augenmerk auf den Ausbau der Organisation richten müssen. Da aus dem Streit erwachsene finanzielle Verpflichtungen noch zu erfüllen sind, so wollen die Kollegen die überlieferten Sammellisten mit den darauf gezeichneten Beiträgen möglichst rasch einbringen.

Dudenhuden. Sonnabend, den 7. August, tagte unsere Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Kaliebe, die endlich wieder einmal einen zufriedenstellenden Besuch aufwies. Die Abrechnung wurde verlesen und für richtig befunden. Ein Antrag des Kollegen Koste regelte die Befolgung des zweiten Bevollmächtigten in der Weise, daß diesem das Ergebnis einer durch Marken aufzubringenden Extrasteuer zugewiesen wird. Ueber die an streitenden Kollegen abgeforderten Unterstützungen wurden die Posteinlieferungscheine vorgelegt. Der noch vorhandene Lokalbestand soll auf einer Bank deponiert werden. Kollege Werner verlangte, die Lokalausgaben soviel wie irgend möglich zu sparen, damit die Zahlstelle in der Lage sei, jeder Zeit Hilfe leisten zu können. Derselbe Redner bezeichnete es als jaghaft, ja feige, wenn Arbeiter aus Rücksicht auf ihre Arbeitgeber dem Verbands fernbleiben. Die Arbeiter seien genug gedrückt und geknechtet. — Arbeiter, macht auf! Vereint Euch mit der vorhandenen kleinen Schaar, damit die Schaar ein Geer wird, das allezeit kampfbereit und siegesicher, weil einig, dasteht!

Einmütigkeit. In der am 28. Juli abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde die Abrechnung vom 2. Quartal vorgelegt, welche eine Einnahme von 286,60 Mark, eine Ausgabe von 199,62 Mark und einen Bestand von 87,18 Mark aufwies. Das Verhalten des Herrn Direktors von der Guanofabrik wurde darauf einer Kritik unterzogen, weil dieser bei vorgenommenen Entlassungen vornehmlich längere Jahre beschäftigte gewesene Arbeiter herausgegriffen hat. Einige der entlassenen Leute waren 12 bis 14 Jahre, einer sogar 30 Jahre auf der Fabrik beschäftigt, auch der ganze Ausschuß ist von der Entlassung betroffen worden, so daß die Entlassungen als Maßregelung mißliebiger gewordenen Personen auffassen muß. Vermuthungen nach sind die Entlassungen auf Einflüsse des Wize zurückzuführen. Der Wize war auch Inhaber der Rantine, durch die er einen netten Nebenverdienst hatte. Die Arbeiter hielten sich zuletzt selbst hier und gaben es zum Einkaufspreis an die Kollegen ab. Die Einnahmen der Rantine sollen dadurch sehr geschmälert worden sein. Eigenthümliche Ansichten brachte der Wize Hartig Kollegen gegenüber zum Ausdruck: Die Unfallversicherung sei ja nur dazu da, um Unfälle, die auf den Fabriken passiren, zu bezahlen. Will der Herr Direktor nun beweisen, daß er Maßregelungen nicht beabsichtigte, so muß er wohl oder übel die Entlassenen nach Bedarf wieder einstellen, soweit sie nicht schon anderweitig Arbeit gefunden haben. Dann wurde zu dem am Sonntag, den 29. August, im Lokale „Zur Lindenau“ abzuhaltenden Sommervergnügen im Komitee gewählt. Auf Antrag wurde den drei Bevollmächtigten eine Vergütung von 3 Mark pro Quartal gewährt. Dann erhaltete Kollege Fied Bericht über den Streik der Kollegen auf der Sievert'schen Stuhlrohrfabrik in Bergedorf und den Streik in Delmenhorst. Hierauf wurde vom Bevollmächtigten zur Entnahme von Marken zur Dedung der Schulden vom Inhaber der Arbeiterstreik aufgefordert und auf Antrag des Kollegen Gramme der Agitationskommission 10 Mark überwiesen.

Halberstadt. Am Dienstag, den 10. August, tagte in der „Mühlgewer Bierhalle“ eine Versammlung der Zahlstelle. Der Bibliothekar gab einen Bericht über den Stand der Bibliothek, besonders betonend, daß sie eine bedeutende Bereicherung durch einige wissenschaftliche Werke erfahren habe, deren Studium den Mitgliedern besonders zu empfehlen sei. Unser Vertreter in der Gewerkschaftskommission unterbreitete einen von dieser Kommission gestellten Antrag, nach dem die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Konditorei, Lebzelter-, Biskuit- und Chokoladenbranche so lange in unsern Verband aufgenommen werden sollen, bis eine eigene Zweigorganisation für die Genannten gegründet werden kann. Nach einer lebhafte Debatte wurde beschlossen: Dem Agitationskomitee wird Vollmacht erteilt, eine Agitation unter den Arbeitern und Arbeiterinnen vorbenannter Branchen zu entfalten, und zwar mit dem von dem Verband der Konditorei-, Zucker-, Lebzelter-, Biskuit- und Chokoladenarbeiter herausgegebenen Flugblatt und mit Handzetteln, deren Inhalt zu dem Beitritt und dem Verbleib in unsern Verbande bis zu dem Zeitpunkt auffordert, in dem die Gründung einer Zahlstelle des Konditoreiarbeiter-Verbandes möglich ist. Zum Schluß muß noch auf den überhand nehmenden flauen Versammlungsbesuch aufmerksam gemacht und die Aufforderung daran geknüpft werden, in Zukunft regeren Antheil an den Versammlungen zu nehmen, damit jede Arbeiterin und jeder Arbeiter theilnimmt an dem Kampfe für Erringung besserer Arbeitsbedingungen.

Halberstadt. Die Welfenfirma Gebr. Dippe in Quedlinburg hat in Halberstadt seit 1872 ein Zweiggeschäft unter Leitung eines Inspektors (das Geschäft von Gebr. Dippe hat ausschließlich Samenzüchterei von Blumen und Gemüsepflanzen), und wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen, bis jetzt vor kurzer Zeit nach der Neuwahl zum Gewerbegericht, als unter der Gebirgs-Ordnung stehend betrachtet. Nach besagter Neuwahl beschäftigte sich das Gewerbegericht mit dieser Sache, und wurde nun entschieden, daß die Arbeiter der Firma Gebr. Dippe nicht unter die Gebirgs-Ordnung gehören, sondern unter die Gewerbe-Ordnung. Die Firma ist, wenn man sie als landwirtschaftlichen Betrieb rechnet, der größte Betrieb dieser

Kategorie in Halberstadt, denn es werden wohl durchschnittlich 300 Personen beschäftigt, außerdem hat sie, außer Quedlinburg, wo wohl an 800—1000 Personen beschäftigt werden, ein Geschäft in Neuborf, eins in Osterleben und eins in Waderleben, woselbst zugleich die Landwirtschaftsschule mit verbunden ist. Diese Arbeiter können jetzt vor dem Gewerbegericht klagen, sie können jetzt zum Gewerbegericht wählen, sie dürfen nicht mehr gepöbelt werden, sie können jetzt Vereine bilden oder bestehenden Gewerkschaften beitreten. Arbeiter, wir empfehlen Euch den Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Halle (Saale). Am 16. August tagte hier im Konzerthause eine von 80 Personen besuchte öffentliche Frauenversammlung. In das Bureau wurden zwei Genossinnen gewählt. Referentin Frau Köhler-Wandebel beleuchtete zunächst die moderne Ausbeutung besonders der Frauen. Die Frauenarbeit kommt immer mehr in Aufnahme. In einem Jahre allein hätte die Industrie einen Zuwachs von 40000 Arbeiterinnen auszuweisen. Die Frau werde so der Familie entzogen, der Lohn ungemein gedrückt. Hiergegen helfe nur Organisation und gesellschaftlicher Schutz. Von einer Diskussion des erschöpfenden, klaren und überzeugenden Vortrages wurde auf Antrag des Genossen Dr. Boellke abgesehen und sofort in die Diskussion des Vorschlages der Referentin: eine Zahlstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen hier zu gründen, eingetreten. Die Gründung wurde einstimmig beschlossen und zum vorläufigen Bevollmächtigten Genosse Gottlieb Müller (Giesbichtentien, Böckstraße 9) gewählt. Dieser sowie auch Gustav Müller (Stadt Mansfeld, große Klausstraße) nimmt noch weitere Anmeldungen entgegen.

Sameln. Die am Sonntag, den 15. August, tagende Mitgliederversammlung nahm zu den vom Kollegen Meyer gegebenen Bericht vom Kartell entgegen. Daraus ist zu ersehen, daß sämtliche Gewerkschaften sich mit der Gründung einer Zentral-Bibliothek einverstanden erklärt haben. Die Bücher der einzelnen Verbände sollen der Bibliothek leihweise überlassen werden und in Zukunft dadurch die mehrfache Anschaffung einzelner Werke vermieden werden. Ferner berichtete Kollege Meyer, daß das Kartell zu seiner letzten Sitzung den Schloffer Müller geladen hatte, welcher auch erschienen sei, um sich wegen seines Benehmens gegenüber den Arbeitskollegen zu verantworten. Ohje, Kindvich und dergleichen seien ihm gefällige Ausdrücke, womit er seine Arbeitskollegen und auch einen von unseren Verbandskollegen titulierte. Auch die Behandlung der Bekehrung lasse zu wünschen übrig, trotzdem der Herr Müller längere Zeit Kassirer des Metallarbeiter-Verbandes gewesen sei. Kollege Boges ergänzte den Bericht und schloß dann der Versammlung folgende Resolution zur Annahme vor: „Die heute am 15. d. M. tagende Mitgliederversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Zahlstelle Sameln, spricht ihre schärfste Mißbilligung über das Betragen des Schloffers Karl Müller seinen Arbeitskollegen gegenüber aus, und bedauert gleichzeitig, daß solcher noch Mitglied des deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist.“ Diese Resolution wurde angenommen und soll der hiesigen Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes zugestellt werden. Im Verchiedenen beschäftigt sich die Versammlung zunächst mit der Lumpenfortföhrerei von Wigge. Eine dort beschäftigte Frau will wegen angeblich schlechter Arbeit ihren Lohn für Pantoffeln nicht erhalten haben. Diese Arbeit erhalten die Frauen mit nach Hause, und bekommen sie für das ganze Duzend 16 Pfg. bezahlt. Oft soll es vorgekommen sein, daß Arbeiterinnen die angefertigte Arbeit zurück erhielten und noch einmal anfertigen mußten. Trotz großen Fleißes verdienen die Arbeiterinnen die Woche nicht mehr wie 5—6 Mk. Auch das Lumpenfortföhren bezahlt Herr Wigge geringer als die Papierfabrik Wertheim, die für den Rentner 1,25 Mk. bezahlt, während Herr Wigge 75 Pfg. per Rentner als genügenden Preis für die ungeladene Arbeit ansieht. Das Verhalten des Werkführers Herrn Bornemann gab auch Veranlassung zu Klagen. Ein Kollege führte an, daß er auf der städtischen Gasanstalt gearbeitet und ohne Kündigung entlassen worden sei. Auch hat man ihm die Ausstellung eines Krankenscheines 3 Tage nach Lösung des Arbeitsverhältnisses verweigert. Dem Kollegen wurde der Rath erteilt, in beiden Fällen Klage anzustrengen. Kollege Boges regte die Schaffung eines Streifonds an, denn es sei unmöglich, die Mittel zur Führung der Streiks durch freiwillige Gaben aufzubringen, zu diesen würden in der Regel immer die gleichen Personen herangezogen. Es müßte ein wöchentlicher Beitrag festgesetzt werden, zu dessen Leistung jeder Kollege verpflichtet sei. Kollege Klenke meint, das sei mit unseren statutarischen Bestimmungen nicht zu vereinbaren und empfiehlt die Einführung von Streikmarken. Eine am 1. September tagende außerordentliche Mitgliederversammlung wird in dieser Angelegenheit endgültig entscheiden. Nachdem die Kollegen Kämpfer und Zimmermann zu Hilfskassirern gewählt und noch einige Verbandsangelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Samen. Am 13. Juli tagte unsere Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Sieberling. Frau Zieg hielt einen sehr interessanten Vortrag über Arbeiterschutzeschließung. Darauf verlas Kollege Lomien die Abrechnung, die eine Einnahme von 290,40 Mk. ergab. An die Verbandskasse sind gelangt 195,18 Mk. Darauf erstattete Kollege Lomien Bericht vom Kartell. Es entspann sich dann noch eine Debatte über das demnach mit der Zahlstelle Rothenburgsort gemeinsam zu feiernde Bergnügen. Kollege Sad beantragte eine nochmalige Zusammenkunft des Komitees. Die Versammlung stimmte dem Antrage zu.

Harburg. Dienstag, den 3. August, nahm die Versammlung unserer Zahlstelle einen Vortrag des Genossen Heine aus Hamburg über: „Die technische Revolution“ entgegen. Redner führte aus, daß es sehr traglich erscheine, ob die Gesamtsumme des technischen Fortschritts die tägliche Arbeitszeit des Arbeiters verringert habe. Die Lage Einzelner habe sich wohl gebessert, sie könnten sich bessere Nahrung und Kleidung anschaffen, die Lebenshaltung der Mehrzahl der Arbeiter lasse zu wünschen übrig. Das in Zünften organisierte Handwerk ging mit der Entwicklung der Manufaktur immer mehr seinem Ruine entgegen. Seit dieser Zeit datirt die Entwicklung des Kapitalismus. Die Maschine wurde erfunden und benutzte eine große Umwälzung in der Gütererzeugung. Die erste handbare Spinnmaschine verdrängte viele Handarbeiter aus ihren Arbeitsplätzen. Der Spinnmaschine folgte der Webstuhl und Maschinen, die ihn in Bewegung setzten. Der Ertrag der Arbeit stieg und die Einfuhr von Roh- und halbfertigen Produkten, die Ausfuhr von Waaren nahm zu. Eine Besserung der Lebensmittel war die nächste Folge. Landstraßen wurden gebaut, Dampfschiffe und Eisenbahnen erfunden. Die Eisenproduktion und der Verbrauch von Steinkohlen nahm zu. Kohle, Baumwolle und Eisen sind die vornehmsten Dinge des modernen Industrialismus. Im Dienste des Kapitalismus stehen die Naturwissenschaften, die dann auch in der Landwirtschaft eine Umwälzung der Produktion angebahnt haben. So erobert der Fortschritt alle Gebiete menschlicher Thätigkeit, aber sein Willen ist heute nicht von Segnungen für alle Menschen begleitet. Er giebt dem Einen, um vielen Anderen zu nehmen, er erspart den Besitzern der Produktionsmittel „Hände“ und erntet das Arbeitsfeld der Arbeiter ein, nimmt ihnen die Gelegenheit zur Arbeit, überantwortet sie dem Glend. Der Kampf der Arbeiter muß sich gegen diese schädlichen Wirkungen wenden, nicht gegen den technischen Fortschritt selbst. Durch vereinigte Anstrengungen sollen die Arbeiter die schlimmsten Auswüchse, die heute das Arbeitsverhältnis beinhalten, mildern, beseitigen. Reicher Beifall lohnte den Redner. Unter Punkt 2 der Tagesordnung wurde die Abrechnung vom 2. Quartal vorgelegt. Die Einnahme bezifferte sich auf 238,10 Mk. Die Ausgaben sind: Für

Reiseunterstützung 25,29 M., Lokalausgaben 761 M., an die Verbandskasse 1551,81 M., in Summa 2338,10 M. Die Abrechnung vom Referendats ergab: Einnahme 1596,93 M., Ausgabe 1245 M., bleibt Bestand 351,93 M. Die Abrechnung vom Fonds gegen Lohnreduktion ergab einen Bestand von 2151,85 M. Sämtliche Abrechnungen wurden für richtig befunden und ohne Debatte genehmigt. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 1943 männliche und 423 weibliche, insgesammt 2366 Personen. Im „Verschiedenen“ theilte Kollege Martens mit, daß die Generalkommission eine Broschüre über den Fabrikarbeiterfreistellungsfrage herausgegeben habe, die viel Wissenswertes enthalte. Es werde von der Kommission nahegelegt, für den Vertrieb der Broschüre zu sorgen. Die Hilfskassierer sollen zu diesem Zwecke bei den Mitgliedern Umfrage halten, wer eine Broschüre wünscht. Entsprechend der Zahl der ermittelten Abnehmer soll die Bestellung erfolgen. Dann wurde beschlossen, die Kollegen in Bergedorf und Delmenhorst zu unterstützen und die Kollegen ersucht, ihre Pflicht bei Aufbringung der Mittel zu thun. Dann wurde noch zum Schluß die Wahl mehrerer Hilfskassierer vorgenommen.

Sirischberg. Erwiderung. Ein aus Sirischberg eingekannter und in Nr. 15 des „Proletarier“ vom 17. Juli veröffentlichter Bericht behandelt die Beziehungen der Zahlstelle 70 des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zum hiesigen Gewerkschaftskartell in einer Weise, die eher alles Andere, nur nicht objektiv zu nennen ist. Auf eine Widerlegung der verleumderischen Angriffe verzichten wir, dieselben fallen auf die Angreifer zurück, nachdem die Mehrzahl der hiesigen organisierten Fabrikarbeiter zu unserer Genugthuung ihr Mißfallen über den betreffenden Bericht ausgesprochen hat. Laut offizieller Erklärung des 1. Zahlstellenbevollmächtigten, welche dem Kartell zugesandt wurde, ist der Austritt in Folge des ungünstigen Standes der Zahlstelle erfolgt. Man glaubt nämlich, der Beitrag von 10 Pf. pro Quartal und Mitglied sei nicht zu erschwingen; es sollen angeblich aus diesem Grunde Mitglieder ausgetreten sein. So sonderbar dies auch klingen mag, die Thatsachen lassen sich nicht hinwegdisputieren. Das Kartell hat seine Pflicht und Schuldigkeit nach jeder Richtung hin gethan, und deshalb sprechen wir die bescheidene Bitte aus, uns in Zukunft mit solchen „lebenswürdigen“ Ungereimtheiten, wie selbige in Nr. 15 des „Proletarier“ enthalten sind, zu verschonen. Gewerkschaftskartell zu Sirischberg i. Schl.

Kriebitzsch. Sonntag, den 8. August, tagte unsere erste Mitgliederversammlung im Gasthose „Zur Neugrobergschänke“, Kollege K. hielt eine kleine Ansprache, in der er auf die Bedeutung und den Zweck der Organisation hinwies. Leider mußte auch schon ein Mitglied wegen seines, die Arbeiter schädigenden Verhaltens beim Bergarbeiterfreistellungs aus dem Verbands ausgeschlossen werden. Dann kamen die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Offenbach. In einer am 2. August tagenden, ziemlich gut besuchten Mitgliederversammlung referierte Kollege Fromann über die Thätigkeit der Organisationen. Redner führte aus, daß im Altertum sowohl als im Mittelalter die Unterdrückten es verstanden haben, durch Fügung der Solidarität sich Bündnisse zur Verteidigung ihrer Interessen zu schaffen. Form und Ziele wichen von Form und Zielen der heutigen Organisationen ab. Redner schilderte dann das Entstehen der heutigen Organisationen, dann ihre Bekämpfung durch das Sozialistengesetz und ihre unzulässige Weiterentwicklung. Nach der Meinung des Referenten müssen aus den Fachvereinen sich die Zentralverbände entwickeln, aus letzteren die Industrieverbände entstehen, und diese sich zu internationalen Organisationen ausbauen. Leider habe die große Masse zu wenig Verständnis für die wirtschaftliche Entwicklung. Der technische Fortschritt schaffe immer mehr Arbeitslose, die sozialen Mängel machten sich immer fühlbarer, so daß es jedes Arbeiters Pflicht sei, sich um jene Sozialpolitik zu kümmern, die sich um seine Klassenlage drehe, damit im Zusammenhang stehe. Die Kämpfe um den Arbeitsertrag würden immer heftiger und es sei Pflicht der Hilfsarbeiter, sich durch Organisation zu den Kämpfen vorzubereiten, die indifferenten Massen aufzurütteln und aufzuklären. — Nach dem Vortrage gab Kollege Speich den Kartellbericht, mit dessen Erläuterung Schluß der Versammlung eingetreten war.

Rothenburgsort. In der Mitgliederversammlung vom 4. August wurden die Kollegen Heel und Riemann als Revisoren in Vorschlag gebracht. Die Abrechnung, die vom Vorhinein verlesen wurde, ergab eine Einnahme von 496,40 M., der eine Ausgabe in gleicher Höhe gegenübersteht. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und von der Versammlung genehmigt. Kollege Harms erläuterte den Kartellbericht in ausführlicher Weise. Ueber die Eintheilung in Hammerbrook wurde beschlossen, den Mittelkanal als Grenze beizubehalten, und werden die Kollegen der Zahlstelle St. Georg ersucht, dieses anzuerkennen und sich mit uns zu einigen. Es werden dem Kollegen J. 15 M. und M. 5 M. als Unterstützung bewilligt. Hiermit trat Schluß der Versammlung ein.

Salzwedel. Hier haben die Arbeiter eine Zahlstelle des Verbandes gegründet. Die Anregung wurde von einigen Arbeitern gegeben, die mit Recht der Meinung waren, daß sie in einer Organisation ihre Angelegenheiten weit besser wahren können, als wenn sie einzeln, unvereinigt dastehen. Die Gründung war vollzogen, Alles ohne bedenkliche Zwischenfälle abgegangen, und die Arbeiter wollten in einer Versammlung sich an einen größeren Kreis der Kollegen wenden, um sie zum Beitritt zu bewegen. Da kam das Unerwartete: Gegen die angemeldete Versammlung wurde behördlicherseits nichts eingewandt, nur das Lokal zur Abhaltung von Versammlungen als ungeeignet erklärt. Unbegreiflicherweise verweigern nun alle Witze die Vergabe ihrer Lokale, nicht um der Versammlungen selbst willen, diese würden sie wegen des dabei zu erzielenden Verdienstes sehr gern nehmen; sie befürchten, es könnte ihnen ein militärischer Vorwurf blühen, oder aber sie könnten schärfere Beobachtung ihrer Feierabendstunden bekommen. Und das Alles, weil die Arbeiter von einem Rechte Gebrauch machen, das andere Bürger ohne jede weiteren Folgen für sich beanspruchen. — Hier sind der Meinung, daß auch in Salzwedel „gleiches Recht für Alle“ gilt, und die Witze ungebändeter Furcht sich hingeben.

Speyer. Sonntag, den 15. August, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Der Kollege Krieger gab zunächst den Bericht über die letzte Sitzung des Gewerkschaftskartells, dann wurde die Abhaltung eines Familienabends beantragt und für den 27. August beschlossen. Der Familienabend wird im Lokale des Kollegen Hehl abgehalten und in maßvoller und anderen Aufführungen bestehen, so daß den Kollegen ein gewisser Abend bevorsteht und ein reger Besuch der Kollegen zu erwarten ist. Wenn wir dieses nur auch bei den Versammlungen zu erwarten hätten. Aber da herrscht wie an so manchen Orten, Langheit. Trotzdem in unserer Zahlstelle sehr viele Mitglieder organisiert sind, deren Arbeitsverhältnisse man ja mit der Bezeichnung „Zieglerland“ veranschaulicht, herrscht diese Thätigkeitslosigkeit. Es mangelte einem Zweifel, daß, wenn eine größere Betätigung der Kollegen vorhanden wäre, auch die von den Kollegen geübten Organisationen aufhören würden, denn hier fürchtet man die Organisation. Bezüglich der Furcht vor dieser, nicht etwa dem Fortwachen der Mitglieder, ist es geschildert, daß eine geringe Lohnreduktion eingeführt werde. Würden die Kollegen sich nur ermannen, für ihre eigenen Verhältnisse

Interesse zeigen, unter den fernstehenden Arbeitern agitieren und alle Anordnungen der Organisation befolgen und ausführen, dann wären die Vortheile, die mit der Organisation zu erringen wären, bedeutend wichtiger. So müssen die paar Kollegen, die von Pflichtgefühl durchdrungen sind, all ihre Energie anwenden, um nur die Zahlstelle auf dem alten Stande zu erhalten und die Mitglieder zum Versammlungsbefuch zu bewegen. Der Gleichgültigkeit und dem Habergeiste ist es auch geschuldet, daß die Zahlstelle nicht nach ganz kurzem Bestehen wieder eingezogen droht. Dadurch wird sich unsere Stellung wieder verschlechtern, denn im Grunde mit Recht und Ludwigshafen waren wir stärker. Wann werden die Kollegen einsehen, daß der schlimmste Feind der Arbeiter der Indifferentismus ist, und wann werden sie diesen schlimmen Gesellen den Laufpaß geben?

Tilfit. Am 1. August tagte eine öffentliche Versammlung in Schillgalle unter freiem Himmel in dem Garten des Herrn Leutert, den wir auf ein Jahr gemiethet haben. Genosse Wessli referierte über das Thema: „Die organisierten Arbeiter und ihre Feinde“ und suchte darzulegen, daß die Arbeiter von den Besitzern der Arbeitsmittel jedweden Glaubens ausgenutzt werden, gegen den geringen Lohn von 1,70 M. pro Tag schwer arbeiten müßten und von jenen, die sich als Stützen von Thron und Altar hinstellen, heftig bekämpft würden. So habe z. B. der Herr Landrath an sämtliche Gastwirthe der Umgegend ein Zirkular versandt, in dem die Wirthe zur Verweigerung ihrer Lokale an die Arbeiter aufgefordert werden, weil so die heftig entbrannte Arbeiterbewegung im Keime erstickt werden könne. Redner betonte ferner, daß in der jetzigen Zeit Vorarbeiten verrichtet werden, deren Früchte uns in einer späteren Zeit zu Gute kämen, und forderte zum Beitritt in den Verband auf. Genosse Reinke führte aus, daß die Mitgliedschaft zum Verbands nicht geübt, jedes Mitglied müsse außerdem dafür sorgen, daß Licht und Verständnis über unsere gute, aber sehr bescheidene Sache verbreitet würde und die Fernstehenden zum Anschlusse veranlaßt würden. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde darauf die Versammlung geschlossen.

Wolfsart. In der am 2. August abgehaltenen Versammlung referierte Kollege Schumacher über Zweck und Nutzen einer freiwilligen Krankenunterstützung. Das vom Referenten zur Begründung seines Standpunktes Angeführte wurde von dem Kollegen Below bekämpft, der es für nöthiger hält, unsere Verbandskasse zu stärken und die Gründung solcher Krankenkassen für überflüssig erachtet. Am Orte bestände die Ortskrankenkasse, die jedem Mitgliede im Krankheitsfalle wöchentlich 8 Mark gewähre, dadurch würden viele Kollegen der Hilfskasse doch nicht beitreten und sie wäre darum nicht lebensfähig. Redner stellte den Antrag, die Beiträge um 5 Pf. pro Woche zu erhöhen, daß Geld in die Verbandskasse fließt, damit bei Arbeitseinstellungen auch Unterstützung gewährt werden kann. Der 1. Bevollmächtigte führte darauf aus, daß nur der Verbandstag die Beiträge erhöhen kann, höchstens könne die Versammlung die Einführung eines freiwilligen Beitrages beschließen. Obwohl bei der Abstimmung 22 Anwesende sich für die Gründung einer Krankenkasse erklärten, konnte der Antrag nicht als angenommen gelten, da fast eben so viel Stimmen dagegen waren. Darauf nahm die Versammlung Stellung zum Gewerkschaftskartell. Fast alle Gewerkschaften standen zuletzt dem Kartell wegen einer Person ziemlich fern. Da diese Person nun zum Austritte veranlaßt worden ist, so sind nun alle Gewerkschaften zur Mitarbeit im Kartell bereit. Die Versammlung beschloß sich, zwei Kollegen, nämlich Schumacher und Reiche, der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung als Delegirte zu empfehlen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde die Versammlung geschlossen. — Die Versammlung am 14. August hatte über die Beitragsleistung an das Gewerkschaftskartell zu beschließen. Laut Beschluß wird pro Quartal und Mitglied der Zahlstelle 3 Pf. an das Kartell bezahlt. Die Delegirten erhalten pro Sitzung 20 Pf. Dann referierte der 1. Bevollmächtigte über die Frage: „Wie heben wir unsere Organisation?“ Er meinte, es könne so wie bislang nicht mehr weiter gehen. Auf jeden Fall müsse die Laufzeit der Kollegen gebrochen, die Fernstehenden aber für den Verband gewonnen werden. Weibes sei wohl durch Agitation zu erreichen. Durch einen Hilfskassierer, der die Mitglieder in ihren Wohnungen aufsucht, sollten diese öfter und eindringlicher an ihre Pflichten erinnert werden. Was nütze der zahlreichere Beitritt in die Organisation, wenn die neugewonnenen Mitglieder nach einigen Wochen wieder ausgeschlossen werden müßten. Der Kollege Below giebt den öfter vorgenommenen Sammlungen die Schuld an der Mitgliederflucht und stellt den Antrag, eine Streikunterstützung von monatlich 10 Pf. zu erheben, und keine Sammellisten mehr in Umlauf zu lassen. Die Abstimmung darüber wird in nächster Versammlung vorgenommen. Ein Antrag auf Unterstützung wurde gestellt, aber abgelehnt, weil die vorige Versammlung beschlossen hat, keine Krankenunterstützung und Unterstützung bei Todesfällen zu gewähren. Die gut besuchte Versammlung hatte damit ihr Ende erreicht.

Gingefandt.

Glückstadt. Kollegen! Wir sehen uns veranlaßt, Euch einmal auf Eure Pflichten aufmerksam zu machen. Die Mitgliederzahl nimmt nicht zu, und von den 30 Mitgliedern kommen 6—8 zur Versammlung. Diese Theilnahmslosigkeit ist nicht im geringsten Maße auf jene Kollegen zurückzuführen, die unserer Organisation, weil sie zur Hebung der Arbeiterlage beitragen will, eigentlich nicht feindlich gesinnt sind, sich aber für zu aufgeklärt halten, um in unserer Organisation die Belehrungen mit anzuhören. Gerade wenn diese Leute so flug sind, als sie sich wähnen, dann sollten sie erst recht nicht in den Versammlungen fehlen und den weniger Aufgeklärten einiges ihrer Klugheit zufommen lassen. Wer seine Klassenlage erkannt hat, dessen Pflicht ist es auch, das Erkennen durch Thaten zu beweisen und dafür zu sorgen, daß die Laufzeit aus unseren Reihen verschwindet. Der jüngst inszenirte, zu unseren Gunsten beendete Streik hat bewiesen, wie nothwendig und segensreich eine Organisation ist. Ohne diese wäre der Kampf nicht siegreich beendet worden, das sehen heute selbst die ein, die sich erst während des Streiks der Organisation angeschlossen haben. Die Gegenwart beweist uns, wie oft Arbeitseinstellungen plötzlich ausbrechen können; da dürfen wir nicht warten, bis die Noth uns gepaßt hat, der Streik da ist, sondern wir sollen uns bei Zeiten vereinigen. Leider denkt die Mehrzahl der Arbeiter aber erst kurz vor oder während des Streikes an den Beitritt zur Organisation und verlangt dann gleich Unterstützung. Bedacht wird nicht, daß die Summen zur Unterstützung von den Arbeitern aufgebracht werden müssen und die Verbandskasse schlechterdings das Gleichgewicht verlieren muß, wenn wir gleich nach vollzogenem Eintritt mit Forderungen an die Or-

ganisation treten, die unsere Leistungen weit übersteigen. Erst müssen wir unsere Pflichten gegen den Verband erfüllen, dann haben wir ein Recht, Forderungen zu stellen. Darum nochmals: Schließt Euch der Organisation an und werbet immer neue Anhänger für sie, dann kommen wir auch unserem Ziele näher.

Bekanntmachungen.

Das Mitgliedsbuch Nr. 11081, lautend auf den Namen Karl König, ausgestellt zu Osterwieck am 9. Juni, ist gefunden worden und kann von dem Kollegen C. Schumann, Osterwieck (Harz), Deichdamm, eingefordert werden.

Zur Beachtung.

Magdeburg. Der Kollege Gustav Fauler aus Trautenau, aufgenommen am 27. Januar 1896 in Harburg, hat im Monat Mai sein Buch in Magdeburg abgegeben und hat seit der Zeit noch nichts wieder von sich hören lassen. Er wird deshalb aufgefordert, seiner Pflicht nachzukommen, oder sein Buch sich nachsenden zu lassen.

Gottlieb Pannicke, Magdeburg-Neustadt, Umfassungsstraße 23.

Die Leitung der Zahlstelle Braunschweig hat beschlossen, zugesandte Sammelisten für Streiks nicht mehr zurückzusenden. Um Unterstützung von der Zahlstelle zu erlangen, ist die Einfindung eines Situationsberichtes der betreffenden Leitung genügend. Gesammelt wird nur auf Listen des hiesigen Lokalfonds.

Briefkasten.

Kollege Sturm, Dresden. Aus dem mir zur Einsichtnahme übersandten Posteinlieferungsschein habe ich ersehen, daß Sie am 19. August 40,40 M. für die streikenden Kollegen nach Bergedorf übersandt haben. Gruß. Aug. Brey.

Wegen Raummangels mußten mehrere Einwendungen für nächste Nummer zurückgestellt werden.

Versammlungs-Kalender etc.

Raummangel zwingt uns, heute nur die Versammlungsanzeigen zu bringen, bei denen Datum und Zeit für das Tagen der Versammlungen angegeben ist. Die Red.

Birgel. Alle 14 Tage, Sonnabends. Reisegehalt von 7—8 Uhr Abends.

Geesthacht. Sonnabend, 11. September, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Petersen. — Herberge bei Herrn S. Dieke. Reisegehalt wird nicht ausbezahlt.

Hamburg. Mittwoch, den 1. September, Abends 8 1/2 Uhr, Höhe Bleichen 30.

Hamel. Mittwoch, den 1. September, bei Herrn Kardinal, Baustraße 52. Dasselbst Verkehrslokal. Reisegehalt von 7 bis 8 Uhr Abends.

Hildesheim. Sonntag, den 12. September, Nachmittags 3 Uhr, bei Gastwirth August Wolff, Annenstraße; Vortrag.

Kriebitzsch. Alle 14 Tage im Gasthose zu Neugrobergschänke.

Kolberg. 26. September Versammlung.

München. Reisegehalt bei Kollege Greger, Weihenburgerstraße 21, 3. Et., M. v. 12—1 Uhr, M. v. 6 1/2—7 1/2 Uhr. Verkehrslokal für reisende Kollegen in der „Zentralherberge“, Simprunstr. 5. Das städtische Arbeitsamt befindet sich auf der Kohleninsel.

Norddeich. Am 5. September bei Herrn Keimers in Wesselfuren.

Offenbach. Montag, den 30. August, „Zur Stadt Heidelberg“. — Reisegehalt beim Kollegen W. Jöst, Mittelseeferstr. 36. Arbeitsnachweis daselbst.

Niedlingen bei Hannover. Sonntag, den 29. August, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Karl Lampe, „Zum Fischerhof“.

Behringhausen. Sonntag, den 29. August, von Morgens 10 Uhr ab, dann alle 14 Tage im Lokale des Kollegen Piepenstock, Langestraße 11.

Wernigerode a. S. Reisegehalt von 7—8 Uhr Abends.

Neue Adressen u. Adressen-Änderungen.

E. a. S. Gottl. Müller, Giebichenstein, Bodstraße 9.
Kotoom. Richard Seyffert, Breitestraße 16.
Wandsbek. Joh. Bruhns, Bülowstraße 59.

Inserate.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Hamburg)

Sonntag, den 29. August 1897:

Großes Sommer-Vergnügen

im „Horner Park“, bestehend in Ball, Preissegeln und Preisstechen für Herren, sowie sonstigen Volksbelustigungen für Damen und Kinder, unter gütiger Mitwirkung der Bundesliedertafeln „Wohllklang“ und „Concerto“. — Um 11 Uhr: Großes Feuerwerk.
Abmarsch mit Musik um 2 1/2 Uhr von der Gewerbeschule. Die Rothenburgsorter Mitglieder marschiren um 1 1/2 Uhr vom Bülth. Mühlendamm ab. [2,70 M.]
Herrenkarte 30 Pfg., Damenkarte 20 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein Das Festkomitee.

Zahlstelle Kellinghusen.

[1,35 M.] Sonntag, den 29. August 1897:

Ball, verbunden mit Preissegeln,

im Lokale des Herrn H. Wraage (Vollshalle).
Anfang d. Regens Nachm. 4 Uhr, d. Balles Abends 7 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein Das Festkomitee.

Quittungsmarken,
= Rabattmarken, Kantzschkeempel, =
sowie alle Druckarbeiten in Buch- u. Steindruck
liefert sauber und preiswerth

Konrad Müller,
Schändig-Leipzig. Schändig-Leipzig.
Auktortre Preislisten gratis.